

*
*
*
*
*
*
*
*
*
*

BRUNHILD STAIGER

Die chinesische Familien- planung im Lichte des

Zensus vom Juli 1982

*
*

1. Zur Bewertung der 3. Volkszählung

Nach Auffassung von Li Cheng-rui, des stellvertretenden Leiters der Staatsratsgruppe für die Volkszählung, ist die dritte Volkszählung der VR China vom Juli 1982 hinsichtlich Qualität und Genauigkeit unübertroffen. Am 27. Oktober 1982, dem Tag der Bekanntgabe des ersten amtlichen Kommuniqués mit den wichtigsten Ergebnissen der Volkszählung, erklärte er, die Fehlerquote des Zensus sei außerordentlich gering. Er wiederholte die in dem Kommuniqué genannten Ergebnisse von Stichproben, nach denen nur 0,71 pro Tausend zu viel und 0,56 pro Tausend zu wenig gezählt worden seien, so daß sich die Nettoquote der Mehrzählungen auf 0,15 pro Tausend belaufe. Im Weltmaßstab, so fügte er hinzu, gelten alle Fehlerquoten unter 10 pro Tausend als gute Qualität (1).

Nun besteht kein Zweifel, daß die beiden früheren Volkszählungen der VR China von 1953 und 1964 in bezug auf Genauigkeit weit hinter dem Zensus von 1982 zurückbleiben. Dem letzten Zensus waren umfangreiche Vorbereitungen vorausgegangen, wie z.B. Konferenzen auf allen Verwaltungsebenen, Auswertung in- und ausländischer Erfahrungen, Ausbildung von Statistikern, die z.T. ins Ausland geschickt wurden, von Computerfachleuten und Zensuspersonal, mehrere Testzählungen, sorgfältige Ausarbeitung der Fragebogen usw. (2). Die Genauigkeit soll nicht zuletzt durch die Verwendung von 28 Computern gewährleistet werden, von denen die Vereinten Nationen zwanzig zur Verfügung gestellt und die Chinesen acht auf eigene Kosten erworben haben. Allerdings hat die EDV weniger auf

die Volkszählung selbst als auf die Auswertung der Ergebnisse Einfluß.

Auch an den Umfang der in diesem Zensus erfragten Daten reichen die beiden früheren Volkszählungen bei weitem nicht heran. Im Zensus von 1953 wurden lediglich fünf Punkte ermittelt: Name, Geschlecht, Alter, Nationalität und Beziehung zum Haushaltsvorstand; 1964 fügte man noch die Frage nach dem Bildungsstand und Beruf hinzu, einigen Angaben zufolge auch die nach der Klassenzugehörigkeit (3). Demgegenüber umfaßte der in der Volkszählung 1982 verwendete Fragebogen neunzehn Fragen, von denen dreizehn die Person, die übrigen sechs den Haushalt betrafen, nämlich 1. Name, 2. Beziehung zum Haushaltsvorstand, 3. Geschlecht, 4. Alter, 5. Nationalität, 6. Stand der Haushaltsregister der ständigen Bewohner des Haushalts, 7. Bildungsniveau, 8. Beruf, 9. Tätigkeit, 10. Status der nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehenden Personen, 11. Familienstand, 12. Zahl der geborenen und der noch lebenden Kinder, 13. Geburten 1981 von Frauen im gebärfähigen Alter; die sechs den Haushalt betreffenden Fragen: 1. Art des Haushalts (Familien- oder Kollektivhaushalt), 2. Adresse des Haushalts, 3. Zahl der zum Haushalt gehörenden Personen, 4. Zahl der 1981 in dem betr. Haushalt geborenen Babies, 5. Zahl der 1981 in dem betr. Haushalt Verstorbenen, 6. Zahl der regulär in dem Haushalt lebenden Personen, die für mehr als ein Jahr abwesend sind (4).

Eine solche Fülle von Daten ist nur auf der Grundlage elektronischer Datenverarbeitung auszuwerten, und sie wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Die ersten, in dem Kommuniqué vom 27.10.82 bekanntgegebenen Zensusergebnisse mit den wichtigsten Daten (5) sind auf konventionelle Art und Weise errechnet worden. Aber viele wichtige Daten, wie z.B. Alter, Beruf, Status der nicht in einem Arbeitsverhältnis stehenden Bevölkerung, Familienstand und Geburten pro Frau im gebärfähigen Alter, fehlen noch, sie werden in 28 Computerstationen verarbeitet, um dann im Computerzentrum des Staatlichen Statistischen Amtes in Beijing zusammengetragen zu werden. An den über 300 Millionen Fragebögen arbeiten zur Zeit über 100.000 Kodierer und 4.000 Programmierer. Mit der endgültigen Auswertung aller Daten wird nicht vor Ende 1984 gerechnet (6). Erst wenn alle diese Daten zur Verfügung ste-

hen, werden die Demographen in der Lage sein, genauere Angaben über Fruchtbarkeits- und Sterberate, natürliche Zuwachsrates u.ä., und zwar unterteilt nach Einheiten aller Verwaltungsebenen, machen zu können. Daß diese Daten von entscheidender Bedeutung für die Planung in Hinblick auf die Bevölkerungs-, Wirtschafts-, Bildungs- und Gesundheitspolitik bilden, muß nicht erst betont werden.

Doch kommen wir auf das Problem der Genauigkeit zurück. Aus allen in Zusammenhang mit dem Kommuniqué erschienenen Verlautbarungen chinesischer Bevölkerungspolitiker und -statistiker geht hervor, daß die Zensusergebnisse in Fachkreisen keine Überraschung verursacht haben, sondern daß man vielmehr die angebliche Genauigkeit der bevölkerungsstatistischen Arbeit der vergangenen Jahre durch den Zensus von 1982 bestätigt findet. In einer ersten Analyse von Fachleuten, die am 16.11.1982 in der Volkszeitung erschien, wird darauf hingewiesen, daß die aufgrund der Volkszählung vom Juli 1982 ermittelte Gesamtbevölkerungszahl für Ende 1981 nur geringfügig von der entsprechenden, vom Staatlichen Statistischen Amt geschätzten und am 30.4.1982 herausgegebenen Zahl differiere: Sie liege nur um 1,14 Millionen höher! Diese Zahl sagt natürlich nichts über die Genauigkeit aus, doch legt sie den Schluß nahe, daß die chinesischen Bevölkerungsstatistiker sowohl in den vergangenen Jahren als auch beim 82er Zensus nach den gleichen Methoden verfahren und von den gleichen Voraussetzungen ausgegangen sind. Skeptisch könnte man auch formulieren, daß die informellen Berechnungen des Statistischen Amtes und die Zählung von 1982 wahrscheinlich auf den gleichen Fehlerquellen beruhen.

Daß eine solche Vermutung nicht ganz unberechtigt ist, liegt in der Tatsache begründet, daß die Volkszählung auf der Grundlage der Haushaltsregister durchgeführt wurde, was westliche Fachleute als eine fragwürdige Methode bezeichnen. Niemand weiß nämlich, in welchem Zustand sich die in der Kulturrevolution in Unordnung geratenen Haushaltsregister befinden. Zwar wurde 1981 eine Überprüfung aller Haushaltsregister angeordnet, doch liegen uns keine Informationen darüber vor, nach welchen Methoden man dabei verfahren ist und welchen Erfolg die Aktion hatte. John S. Aird hat darauf hingewiesen, daß die Adressenlisten für die Volkszählung anhand der Regi-

strierungsunterlagen erstellt, daß also nichtregistrierte Haushalte aller Wahrscheinlichkeit nach nicht erfaßt worden sind. Hierin sieht Aird einen wesentlichen Unsicherheitsfaktor für die Genauigkeit des Zensus. Nach Aird muß ferner berücksichtigt werden, daß mancherorts die Geburtenregister gefälscht werden, um "Erfolge" in der Familienplanung vorweisen zu können, oder daß manche Haushalte Neugeburten verschweigen (7). Schließlich sollte nicht vergessen werden, daß einige Millionen landverschickte Jugendliche in die Städte zurückgekehrt sind und sich dort illegal aufhalten. Auch sie wird man schwerlich erfaßt haben. Die hier angedeuteten möglichen Fehlerquellen bleiben im übrigen durch die stichprobenartig durchgeführten Genauigkeitsüberprüfungen der Zensusergebnisse unentdeckt, so daß die anfangs erwähnte, von den Chinesen offiziell ausgegebene Fehlerquote von 0,15 pro Tausend Mehrzählungen stark in Zweifel zu ziehen ist. Angesichts der geschilderten Unsicherheitsfaktoren ist eher davon auszugehen, daß eine weit größere Zahl, als offiziell angegeben, durch den Zensus nicht erfaßt worden ist und daß daher die ermittelte Gesamtbevölkerungszahl von 1,008 Milliarden als zu niedrig bewertet werden muß.

Ebensolche Zweifel sind bei den offiziell ausgegebenen natürlichen Zuwachsraten der Bevölkerung angebracht. Wenn es stimmt, daß die Wachstumsrate 1971 noch 2,34% und 1979 schon 1,17% betragen habe (8), so müßte man es als eine unwahrscheinliche Leistung bezeichnen, die Zuwachsrate in nur acht Jahren um die Hälfte gesenkt zu haben. Selbst die wieder gestiegene Rate für 1981 von 1,4%, wie sie in dem Kommuniqué zur Volkszählung genannt wird, wäre als großer Erfolg zu buchen. Wenn diese Prozentzahl aufgrund von Hochrechnungen ermittelt worden ist - wovon auszugehen ist -, dann ergäbe sich eine gewisse Unsicherheit dadurch, daß man nicht weiß, nach welchen Gesichtspunkten die Einheiten für die Stichproben ausgewählt worden sind und wie repräsentativ sie sind. Für Stichproben ausgewählte Einheiten müssen über Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte hinweg regelmäßig beobachtet worden sein, wofür in der VR China die Voraussetzungen gefehlt haben.

Wie dem auch sei, eines scheint festzustehen, daß nämlich die Zuwachsrate in den Jahren 1981/82 wieder angestiegen ist. Diese für Partei und Regierung außerordentlich beunruhigende Tatsache

läßt die Familienplanung zu einer lebenswichtigen Aufgabe werden. Nicht umsonst wird - wie bereits in der Verfassung von 1978 - auch in der neuen Verfassung vom 4.12.1982 in Artikel 49 die Geburtenplanung für alle Ehepaare zur Pflicht gemacht.

2. Bevölkerungspolitische Pläne der Regierung

Auf der vierten Tagung des V.NVK (30.11.-13.12.1981) verkündete die Regierung als oberstes bevölkerungspolitisches Ziel, die Bevölkerungszahl bis zum Jahre 2000 nicht über 1,2 Milliarden steigen zu lassen, ein Ziel, das bereits im September 1980 (dritte Tagung des V.NVK) in Aussicht genommen worden war und das Hu Yaobang in seinem Bericht vom 1. September 1982 auf dem 12. Parteitag bekräftigte (9). Konkret ausgedrückt, würde das bedeuten, daß sich die chinesische Bevölkerung in den achtzehn bis zur Jahrhundertwende verbleibenden Jahren um maximal 191,82 Millionen vermehrt. Wäre dies der Fall, würde die Zuwachsrate durchschnittlich für diesen Zeitraum unter 0,95% betragen (10). Im Vergleich dazu ist die chinesische Bevölkerung in den achtzehn Jahren zwischen der zweiten und dritten Volkszählung, also zwischen 1964 und 1982, um 313.593.529 gewachsen, was einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 2,1% entsprach (11). Wenn man also das Planziel in den achtzehn Jahren bis zum Ende des Jahrhunderts erreichen will, müßten in diesem Zeitraum über 120 Millionen weniger Geburten erfolgen als in den achtzehn Jahren vor 1982.

Langfristig gesehen, hält man eine Bevölkerung von 650 bis 700 Millionen für die ideale Bevölkerungszahl in China, eine Zahl, die aber - unter der Bedingung der erfolgreich durchgeführten Geburtenplanung - erst in einhundert Jahren zu erreichen ist. Selbst wenn in der nächsten Generation jedes Ehepaar nur ein Kind in die Welt setzt, würde es immer noch 25 Jahre dauern, bis das Bevölkerungswachstum Chinas zum Stillstand käme (12), d.h., die Bevölkerung würde auch bei strikter Praktizierung der Ein-Kind-Ehe noch weit über das Jahr 2000 hinaus zunehmen.

Um das mittelfristige Ziel des Nullwachstums der Bevölkerung zu erreichen, bedarf es ständiger Bemühungen, die Wachstumsrate der Bevölkerung zu senken. Die chinesische Regierung hat allerdings große Schwierigkeiten, das Bevölkerungswachstum in den

Griff zu bekommen, denn bisher ist es nicht gelungen, die geplanten Wachstumsraten im nationalen Durchschnitt zu erreichen. Erfolge waren nur örtlich, vor allem in den Städten, zu verzeichnen. Immer wieder sieht sich die Regierung aufgrund neuer Daten gezwungen, Zahlen und Planziele zu korrigieren. Hieß es Ende 1979, man erstrebe bis 1985 eine Senkung des Bevölkerungswachstums auf 0,5 Prozent (5 pro Tausend) (13), so mußte man dieses Planziel 1982 aufgrund der Anfang dieses Jahres registrierten Rückschläge dahingehend revidieren, daß bis zum Ende des sechsten Fünfjahrplans (1981-85) das Wachstum der Bevölkerung auf 13 pro Tausend und bis zum Ende des siebten Fünfjahrplans (1986-90) auf 11 pro Tausend sinken soll (14).

Anfang 1979 war man noch so optimistisch zu glauben, daß man bis 1980 die Wachstumsrate auf unter 1 Prozent drücken könne (15), und im August desselben Jahres wurde in Aussicht genommen, bis zum Ende dieses Jahrhunderts das Nullwachstum zu erreichen (16). Inzwischen ist man sich darüber im klaren, daß das Nullwachstum frühestens am Ende des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts herbeigeführt werden kann.

Anfang 1982, also bereits Monate vor dem nationalen Zensus, war jeglicher Optimismus verfliegen, denn es gab Anlaß genug zu der Befürchtung, das Bevölkerungswachstum könne wieder außer Kontrolle geraten. In einem Artikel in der Volkszeitung vom 5. Februar 1982 über die Bevölkerungspolitik auf dem Lande hieß es, daß der Bevölkerungszuwachs in den siebziger Jahren stetig gesunken sei, nämlich von 2,34% im Jahre 1971 auf 1,17% im Jahre 1979. Im Jahre 1980 jedoch, so wurde in dem Artikel weiter festgestellt, habe sich dieser Abwärtstrend in sein Gegenteil verkehrt und die Wachstumsrate sei auf 1,20% angestiegen; auch 1981 sei sie weiter hochgeklettert. Dieser Rückfall wird durch die in der Volkszählung vom Juli 1982 ermittelte Wachstumsrate für 1981 von 14,55 pro Tausend bestätigt (17).

So sind denn Zweifel angebracht, ob es gelingt, bis zum Jahre 2000 die 1,2-Milliarden-Marke nicht zu überschreiten. Auch chinesische Schätzungen gehen schon von 1,3 Milliarden für die Jahrhundertwende aus (18), d.h., man kalkuliert bereits 100 Millionen mehr ein.

3. Rückschläge in der Familienplanung

Im Zuge der Vorbereitungsmaßnahmen für den Zensus vom Juli 1982 fanden nicht nur zwei Konferenzen auf nationaler Ebene statt (März 1981 und Januar 1982), sondern zusätzlich veranstalteten die Provinzen und zahlreiche Verwaltungseinheiten unterhalb der Provinzen zu Beginn des Jahres 1982 Konferenzen über ihre Familienplanungsarbeit. Fragen des Bevölkerungswachstums kamen auch auf regulären Planungskonferenzen zur Sprache, denn die Einheiten sind gehalten, neben ihren Wirtschaftsplänen auch Pläne für die Reproduktion der Bevölkerung aufzustellen. Bei der Bestandsaufnahme in den Provinzen wurde durchweg auf die guten Erfolge bei der Senkung des Bevölkerungswachstums in den Jahren 1978 und 1979 hingewiesen. Für das Jahr 1980 und vor allem 1981 wurde jedoch ein merkliches Ansteigen der Wachstumsrate registriert.

Folgende Beispiele seien genannt:

Shaanxi: Auf einer Konferenz für Familienplanung im Februar 1982 wurde festgestellt, daß die Wachstumsrate über mehrere Jahre hinweg kontinuierlich gesunken sei, daß der Provinz zur Zeit aber ein dritter Babyboom bevorstehe. Im Jahre 1981 seien 40 Prozent der in der Provinz geborenen Babies außerplanmäßig zur Welt gekommen (Radio Xi'an, 25.2.82, nach SWB, 3.3.82).

Hebei: Auf einer Tagung über Familienplanung im März 1982 wurde konstatiert, daß seit 1981 wieder eine relativ große Steigerung der Wachstumsrate zu verzeichnen sei, nachdem diese von 20,2 Promille 1970 auf 9,2 Promille 1980 gefallen war (Hebei Ribao, 10.3.82, nach SWB, 20.3.82).

Henan: Auf einer Planungskonferenz der Provinzregierung im Dezember 1981 wurde ebenfalls auf eine Zunahme der Geburten in den Jahren 1982 und 1983 hingewiesen (Radio Zhengzhou, 22.12.81, nach SWB, 8.1.82), und auf einer Familienplanungskonferenz im Februar 1982 wurde zugegeben, daß der Abwärtstrend der Wachstumsrate in einen Aufwärtstrend umgeschlagen sei (Radio Zhengzhou, 19.2.82, nach SWB, 27.2.82).

Hunan: Auch hier wurden im Februar 1982 ein Umschlagen des Trends in der Wachstumsrate und ein Wiederauftauchen des Phänomens ungeplanter Geburten beobachtet (Radio Changsha, 5.2.82, nach SWB, 10.2.82).

Guangdong: Hier ist die Bevölkerungssituation besonders prekär, weil die natürliche Zuwachsrates im Frühjahr 1982 nach wie vor über dem nationalen Durchschnitt lag und es Anzeichen dafür gab, daß ein Sinken der Zuwachsrates durch ein erneutes Ansteigen wieder zu nichte gemacht werde (Radio Guangzhou, 26.3.82, nach SWB, 6.4.82).

Guizhou: Das gleiche gilt für diese Provinz, wo die Wachstumsrate noch "sehr viel höher als im nationalen Durchschnitt" liegt und wo seit 1982 aufgrund der mangelhaften Familienplanungsarbeit des Vorjahres ebenfalls ein Ansteigen der Wachstumsrate zu verzeichnen ist (Radio Guiyang, 9.4.82, nach SWB, 20.4.82; ebd., 20.7.82, nach SWB, 24.7.82).

Yunnan: Auf einer Konferenz für Familienplanung im Frühjahr 1982 wurden die Erfolge im Senken der Wachstumsrate von 26,42 Promille 1973 auf 10,4 Promille 1980 betont. Zugleich aber mußte man sich auch hier ein Wiederansteigen der Wachstumsrate auf 12,93 Promille im Jahre 1980 eingestehen (Radio Kunming, 11.3.82, nach SWB, 19.3.82).

4. Verantwortlichkeitssystem und Familienplanung

Partei und Regierung sind sich bewußt, daß die Geburtenrate in ländlichen Gebieten höher liegt als in den Städten, und da 80 Prozent der chinesischen Bevölkerung auf dem Lande lebt, weiß man auch, daß der Erfolg der Bevölkerungspolitik hauptsächlich davon abhängt, inwieweit die bäuerliche Bevölkerung für die Familienplanung zu gewinnen ist. Der unzureichende Erfolg der Geburtenregelung auf dem Lande hängt nicht zuletzt mit dem im Vergleich zu den Städten niedrigeren Bildungsniveau zusammen, denn die Durchführung von Verhütungsmaßnahmen erfordert ein gewisses Maß an Bildung.

Nach Auffassung der chinesischen Fachleute ist der Hauptgrund für das neuerliche Wiederansteigen der Wachstumsraten der Bevölkerung jedoch auf wirtschaftlichem Gebiet zu suchen, und zwar werden die Rückschläge in der Familienplanung auf dem Lande in direkten Zusammenhang mit dem Verantwortlichkeitssystem in der landwirtschaftlichen Produktion gebracht. Dieses System wurde 1979, verstärkt in den Jahren 1980/81 eingeführt, um die landwirtschaftliche Ertragsleistung zu steigern (19). Das Wesen des Verantwortlichkeitssystems, das in verschiedenen Ausprägungen

praktiziert wird, liegt darin, daß 1. die Verantwortung für die Produktion bei der Familie oder dem Haushalt liegt, 2. der Haushalt das Verfügungsrecht u.a. über seine Arbeitskräfte und einen gewissen Anteil Ackerland hat, wobei bei letzteres je nach Familiengröße zugeteilt wird, und 3. der Haushalt eine vereinbarte Ertragsquote abzuliefern hat und die produzierten Überschüsse behalten oder auf freien Märkten verkaufen kann. Das Streben jedes Bauern muß also dahin gehen, eine möglichst große Familie zu haben, denn je mehr Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, desto höhere Erträge und damit eigene Gewinne können erwirtschaftet werden. In der Logik des Bauern bedeuten mehr Kinder mehr Wohlstand. So kommt man aus bevölkerungspolitischer Sicht nicht umhin, das Verantwortlichkeitssystem als kontraproduktiv zu betrachten. Der Zusammenhang zwischen der Einführung des Verantwortlichkeitssystems in der Landwirtschaft um das Jahr 1980 herum und den steigenden Geburtenziffern auf dem Lande seit 1981/82 ist nicht zu übersehen. Doch ist die Regierung keinesfalls gewillt, das die landwirtschaftliche Produktion ankurbelnde Verantwortlichkeitssystem wieder abzuschaffen.

Die Einführung dieses Systems, so heißt es in einem Artikel von Xu Xuehan in der Volkszeitung vom 5. Februar 1982, sei im Grunde eine gute Sache gewesen; so lange allerdings, wie mancherorts üblich, das Ackerland pro Kopf zugeteilt würde, d.h. solche Familien begünstigt würden, die sich nicht an die Geburtenplanung hielten und mehr Kinder hätten, könne die Familienplanung auf dem Lande keinen Erfolg haben. Der Verfasser plädiert daher für ein doppeltes Verantwortlichkeitssystem, unter dem die Haushalte die Verantwortung für die Produktion und gleichzeitig für die Geburtenplanung tragen, d.h., den Haushalten werden Quoten für die landwirtschaftliche Produktion und für Geburten erteilt, deren Erfüllung oder Nichterfüllung an materielle Vergünstigungen bzw. Sanktionen geknüpft ist. Das Entscheidende an diesem System ist, daß die dem einzelnen Haushalt aus dem Verantwortlichkeitssystem in der Landwirtschaft erwachsenden Vorteile an die erfolgreiche Durchführung von Geburtenplanung gebunden sind.

Die Erkenntnis, daß es unter der Landbevölkerung mit der Propaganda für die Ein-Kind-Familie und Appellen an die Einsicht der Bauern allein nicht getan sei, sondern daß auch hier wie bei

der Stadtbevölkerung das Mittel materieller Strafen anzuwenden sei, gewinnt zunehmend an Boden.

Theoretisch galten die bei Verstößen gegen die offizielle Familienplanungspolitik ins Auge gefaßten Sanktionen sowohl für die städtische als auch für die ländliche Bevölkerung. Von Anfang an waren sie auch für diese mit konzipiert (20). Doch die Sanktionen treffen die Städter weitaus empfindlicher als die Bauern, und auch die materiellen Anreize sind für städtische Familien von größerer Bedeutung als für solche auf dem Lande. Eine Lohnaufbesserung durch die Erteilung eines Kindergeldes von 5 Yuan bei Ein-Kind-Familien bzw. eine Lohnkürzung bei jedem zusätzlichen Kind fällt bei Angestellten und Arbeitern viel stärker ins Gewicht als bei Bauern, deren Lohn zu einem großen Teil aus Naturalien besteht und die die Möglichkeit besitzen, ihre Einkünfte durch Nebenbeschäftigungen oder Überproduktion aufzubessern. Auch die bevorzugte Behandlung von Ein-Kind-Familien in bezug auf die Zuweisung von Wohnungen, die Befreiung von der Zahlung des Kindergarten- und Schulgeldes sowie freie medizinische Versorgung für Einzelkinder und die Gewährung eines längeren Mutterschaftsurlaubs für Mütter von Einzelkindern sind in der Stadt willkommene Maßnahmen, verfehlen aber auf dem Lande weitgehend ihre Wirkung. Hier ist die Wohnraumnot nicht so akut wie in der Stadt, gibt es kaum Kindergärten, und die Kinder werden im Zweifelsfall auch nicht zur Schule geschickt.

So ist es zu erklären, daß in der Praxis die Bestimmungen über die Familienplanung in den Städten besser durchzusetzen sind als in den Dörfern. Denn durch die feste Einbindung der Angestellten und Arbeiter in ihre Einheit sind im städtischen Bereich viel stärkere Kontrollmöglichkeiten gegeben als unter den großenteils selbständig wirtschaftenden Bauernfamilien. Hinzu kommt, daß die ländlichen Basiskader sich im Zuge der Verbreitung des Verantwortlichkeitssystems in der Landwirtschaft mehr um ihre eigene Produktion als um bevölkerungspolitische Erziehungsarbeit zu kümmern begannen. All dies hat in den ländlichen Gebieten zu einer Vernachlässigung der Familienplanung geführt, deren Folgen immer offensichtlicher werden und die allgemein beklagt wird (21).

Den einzigen Ausweg aus der lachen Handhabung der Familien-

planung auf dem Lande sieht die Zentrale daher in wirtschaftlichen Vergünstigungen für Ein-Kind-Familien. In einer vom ZK und Staatsrat im März 1982 ausgegebenen Direktive zur Geburtenplanung heißt es in Hinblick auf die ländlichen Gebiete, daß Ein-Kind-Familien niedrigere Produktionsquoten zugewiesen und mehr Vertragsland zur Verfügung bekommen sollen (22). Einige Provinzen übten bereits im ersten Halbjahr 1982 in dieser Hinsicht eine Vorreiterfunktion aus, indem sie ihre Bestimmungen über Geburtenplanung im Sinne der Direktive für die Landbevölkerung konkretisierten. So verfügte z.B. die Provinzregierung von Hunan im Mai 1982 u.a., daß Kommunistenmitgliedern, die mehr Kinder als erlaubt hätten, das Verfügungsrecht über die zugeteilte Anbaufläche entzogen würde und daß sie kein Land zur privaten Nutzung erhielten. Außerdem würden die ihnen auferlegten Quoten für die landwirtschaftlichen Erträge erhöht und ihre Arbeitspunkte sowie ihre Getreideration und ihr Verdienst in Bargeld gekürzt (Radio Changsha, 18.5.82, nach SWB, 22.5.82). In der Provinz Qinghai soll bei ungeplanten Geburten ein Elternteil seinen Anteil am vertraglich zugeteilten Ackerland verlieren, während dem anderen Elternteil höhere Ertragsquoten auferlegt werden, oder aber beide Eltern müssen eine Strafe von 200 bis 300 Yuan zahlen (Radio Xining, 4.6.82, nach SWB, 10.6.82). In Henan hat man in der Präfektur Xinyang mit der Koppelung der Produktions- und Geburtenquoten gute Erfolge erzielt (Radio Zhengzhou, 8.3.82, nach SWB, 13.3.82), und auch in anderen Provinzen wie z.B. Sichuan, Guangdong und Guizhou ist die Provinzregierung bemüht, Verstöße gegen die Familienplanung auf dem Lande mit wirtschaftlichen Sanktionen und Strafen zu ahnden (Radio Chengdu, 22.5.82, nach SWB, 26.5.82; Radio Guangzhou, 26.3.82, nach SWB, 6.4.82; Radio Guiyang, 9.4.82, nach SWB, 20.4.82).

Diese Beispiele können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß auf diesem Gebiet noch viele Anstrengungen erforderlich sind. Das zeigte sich nicht zuletzt auf der nationalen Konferenz über Familienplanung vom 10.-18. August 1982 in Beijing, auf der die Geburtenregelung auf dem Lande und die dort durch die Einführung des Verantwortlichkeitssystems entstandene veränderte Situation im Mittelpunkt der Diskussionen standen (23). Fazit auf dieser Konferenz war, daß das Schwergewicht der Familienpla-

nungsarbeit aufs Land zu verlegen sei und daß man ein "Doppelquotensystem" praktizieren müsse, bei dem den Haushalten die Quoten nicht nur für die landwirtschaftliche Produktion, sondern auch für die Geburten zugeteilt würden (24).

5. Widerstände gegen die Ein-Kind-Familie

Es besteht kein Zweifel, daß die von Partei und Regierung verordnete Ein-Kind-Familie bei der chinesischen Landbevölkerung äußerst unpopulär ist. Zu stark sind gerade auf dem Lande noch die althergebrachten Vorstellungen verwurzelt, daß großer Kindersegen großes Glück bedeutet, daß Söhne Töchtern vorzuziehen seien und daß die Ahnenkette durch männliche Nachkommen weitergeführt werden müsse. Hinter diesen traditionellen Anschauungen standen aber auch immer wirtschaftliche Interessen, denn von jeher bedeuteten Kinder, zumal Söhne, für die Mehrzahl der Bauern die einzige Altersversorgung. An diesem Zustand hat sich bis heute wenig geändert. Nur einige wohlhabende Produktionsbrigaden können sich ein Rentensystem für alte Bauern leisten, wie z.B. in der Gegend von Shanghai, wo Männer ab 65 und Frauen ab 60 Jahren eine monatliche Rente aus dem Wohlfahrtsfonds ihrer Produktionsbrigade oder -gruppe erhalten (25). Für den größten Teil der auf dem Lande lebenden Bevölkerung gilt jedoch nach wie vor, daß es keine geregelte Altersversorgung gibt, sondern die Alten bei ihren Kindern leben und von diesen ernährt werden.

Die fehlende Rentenversicherung dürfte zu den wichtigsten Gründen für den Widerstand der ländlichen Bevölkerung gegen die Ein-Kind-Ehe zählen. Die Propagandarbeit der Kader, die wie immer in China auch bei der Durchsetzung der offiziellen Bevölkerungspolitik an erster Stelle steht, wird hier wenig ausrichten können. Zwar versuchen die Behörden den Bauernfamilien mit allen Mitteln klarzumachen, daß es sich bei dem Verantwortlichkeitssystem in der Produktion und der Familienplanung um ein und dasselbe Problem handle, denn beide dienen dem Ziel der Verbesserung des Lebensstandards. Es sei ein Trugschluß zu glauben, man könne durch eine größere Familie schneller zu Wohlstand gelangen (26). Auch fehlt es nicht an anschaulichen Beispielen, in welchem Maße die wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften durch das Bevölkerungswachstum wieder zunichte gemacht werden. Für die

Provinz Shaanxi z.B. hatte man errechnet, daß die Bevölkerung von 13 Millionen 1949 auf über 28 Millionen angewachsen sei und daß dadurch der Pro-Kopf-Anteil an Ackerland von 5 mou zu Beginn der fünfziger Jahre auf 2 mou, teilweise sogar nur 1 mou (15 mou = 1 ha) gesunken sei. Die Getreideproduktion habe sich in den letzten dreißig Jahren zwar verdoppelt, doch die pro Kopf zur Verfügung stehende Getreidemenge sei von 619 Pfund 1956 auf 530 Pfund 1981 gefallen. Ähnlich negative Auswirkungen würden sich auch auf anderen Gebieten wie Kleidung, Wohnung, Arbeitsmarkt, Bildungs-, Verkehrs- und Gesundheitswesen bemerkbar machen. Auch im nationalen Durchschnitt sind der Pro-Kopf-Anteil an bebaubarer Fläche sowie die pro Kopf produzierte Getreidemenge seit den fünfziger Jahren ständig gesunken (27).

Doch eine solche Argumentation dürfte bei dem einzelnen Bauern nur auf geringes Verständnis stoßen, solange er im Alter auf die Unterstützung durch seine Kinder angewiesen ist. Obwohl Fachleute die Bedeutung des Problems der Altersversorgung für die ländliche Bevölkerung klar sehen (28), befassen sich die chinesischen Medien verhältnismäßig wenig damit, ein Zeichen dafür, daß eine Lösung dieses Problems noch in weiter Ferne steht.

Jedenfalls scheint der Unmut in der Bevölkerung über die Ein-Kind-Familie zuzunehmen und sogar aktiver Widerstand keine Seltenheit zu sein; andernfalls würde kaum die Notwendigkeit für die Erlassung von Bestimmungen bestehen, nach denen diejenigen bestraft werden sollen, die Familienplanungsarbeiter und -aktivisten beleidigen, schlagen und beschimpfen (29). Empörung macht sich vor allem dort Luft, wo die örtlichen Behörden rigorose Maßnahmen ergreifen, um möglichst niedrige Wachstumsraten für ihre lokale Einheit vorweisen zu können. Abgesehen von dem ungeheuren psychologischen Druck, der auf junge Frauen ausgeübt wird und der nicht nur diese selbst, sondern ganze Familien belastet, scheinen auch in großem Rahmen vollzogene Zwangsabtreibungen in ländlichen Gebieten keine Seltenheit zu sein (30). Nicht wenige Frauen werden durch solche Zwangsmaßnahmen in den Wahnsinn oder zu Wahnsinns-taten getrieben. So berichtete ein Hongkonger Reporter über den Fall einer Frau aus einem Guangdonger Dorf, die von der Leiterin des örtlichen Frauenverbandes zur Abtreibung gezwungen worden

war und die daraufhin die beiden Kinder der Leiterin umbrachte (31). Insbesondere scheint die früher bisweilen praktizierte Unsitte, neugeborene Mädchen zu töten, jetzt auf dem Lande wieder aufgelebt zu sein. Einer Meldung von Reuters zufolge soll Ministerpräsident Zhao Ziyang jüngst in einer Rede aufschärfste verurteilt haben, daß in ländlichen Gegenden weibliche Babies getötet werden, weil man einen Jungen ersehnt (32).

Angesichts solcher Schwierigkeiten empfehlen einige Demographen eine flexiblere Haltung bei der Aufstellung der Geburtenquoten. Wenn man der einen oder anderen Familie auf dem Lande gestatte, ein zweites Kind zu haben, so wird argumentiert, könne man sicher mit mehr Unterstützung von seiten der Bauern rechnen; eine Quote von 1,5 Kindern pro Familie sei für die Mehrzahl der Bauern akzeptabel, und ein solches Entgegenkommen würde die Familienplanungsarbeit auf dem Lande zweifellos erleichtern (33). In diesem Vorschlag drückt sich das Bestreben aus, den Unmut der bäuerlichen Bevölkerung zu dämpfen und deren Vertrauen zurückzugewinnen. Tatsächlich tragen denn auch mehrere Provinzregierungen der ablehnenden Haltung der Bevölkerung Rechnung, indem sie in ihren Bestimmungen zur Familienplanung den auf dem Lande lebenden Familien die Möglichkeit einräumen, unter besonderen Voraussetzungen ein zweites Kind zu beantragen (34).

Eine gewisse Kompromißbereitschaft scheint auch in der im März 1982 von der Zentrale erlassenen Direktive zur Familienplanung zum Ausdruck zu kommen, in der es u.a. heißt: "Auf dem Lande soll man ein Kind pro Ehepaar propagieren. Wenn einige Leute wirkliche Schwierigkeiten haben und ein zweites Kind möchten, dann kann man ihnen nach Überprüfung des Falles ein zweites Kind gestatten. Unter keinen Umständen jedoch ist ein drittes Kind gestattet (35)".

Welcher Art die "Schwierigkeiten" sein müssen, um die Genehmigung für ein Zweitkind zu erhalten, ist nicht gesagt. Hier scheint es zur Zeit noch keine einheitlichen Kriterien zu geben, so daß die Auslegung der Direktive mehr oder weniger im Ermessen der örtlichen Behörden steht. Qian Xinzong, der Direktor der Staatlichen Kommission für Familienplanung, hat bereits angekündigt, daß zu diesem Punkt in den beiden nächsten Jahren genauere Bestimmungen ausgearbeitet werden sollen. Zu-

gleich hat er hervorgehoben, daß die Formel ein Kind pro Ehepaar sowohl für die städtischen als auch für die ländlichen Gebiete gelte und daß Zweitkinder nur in folgenden Ausnahmefällen zugelassen werden sollten: Wenn das erste Kind einen nicht erblichen Fehler hat, wenn bei wiederverheirateten Ehepaaren mindestens ein Partner bisher kinderlos war, wenn nicht ein Adoptivkind vorhanden ist und wenn Leute in entlegenen Gebirgsgebieten leben oder sich Auslandschinesen auf dem Lande niederlassen (36).

Die bedingte Lockerung der Ein-Kind-Politik in ländlichen Gebieten bedeutet keineswegs eine Aufgabe dieser Politik; vielmehr ist aus ihr indirekt das Eingeständnis abzulesen, daß die Ein-Kind-Familie auf dem Lande zur Zeit praktisch nicht zu verwirklichen ist. In den Jahren 1980/81 scheint die Zentrale noch hohe Erwartungen an die Durchsetzbarkeit dieser Politik geknüpft zu haben. Noch Ende Dezember 1981 trat die stellvertretende Ministerpräsidentin Chen Muhua auf einer Tagung der Chinesischen Gesellschaft für Familienplanung entschieden angeblich gegen "Gerüchten" entgegen, daß sich die Ein-Kind-Politik gelockert habe und nunmehr zwei Kinder erlaubt seien (37). Doch angesichts des Scheiterns der Familienplanung auf dem Lande wäre es unrealistisch, wollte die Regierung weiter auf einer strikten Einhaltung der Ein-Kind-Politik bestehen. Zumal im Zensusjahr 1982 scheint man eine realistischere Haltung eingenommen zu haben.

Partei und Regierung sind sich bewußt, daß die Ein-Kind-Familie nicht von heute auf morgen einzuführen ist, und diese Erkenntnis spiegelt sich auch in den nationalen Bevölkerungsplänen wider: Innerhalb des laufenden sechsten Fünfjahrplans (1981-85) soll der Anteil der Einzelkinder aller Neugeborenen 58 Prozent betragen, und auch im folgenden Fünfjahrplan soll dieser Anteil nur um 1 Prozent jährlich wachsen, so daß er sich bis 1990 auf 63 Prozent erhöht (38). Laut Plan werden also 1990 noch über ein Drittel aller Neugeborenen keine Einzelkinder sein. Selbst dieses Ziel muß immer noch als sehr ehrgeizig bezeichnet werden; die Erreichung dieses Planziels wäre eine beachtliche Leistung.

6. Spätheirat

Neben der Ein-Kind-Ehe stellt die Spätheirat den zweiten wichtigen Bestandteil der Familienplanungspolitik dar, denn das Gros der

Erstgeburten erfolgt in den ersten Ehejahren. Untersuchungen in ländlichen Gebieten der Provinz Hubei haben ergeben, daß 63 Prozent aller Erstkinder innerhalb der beiden ersten Ehejahre, 90 Prozent innerhalb der ersten vier Ehejahre geboren werden (39).

Im alten Ehegesetz von 1950 war das gesetzliche Heiratsalter auf 18 für Frauen und 20 für Männer festgelegt worden. Seit Propagierung der Spätheirat, die zuerst 1963 im Rahmen der Sozialistischen Erziehungsbewegung und verstärkt seit Anfang der siebziger Jahre betrieben wird, hat sich das tatsächliche Heiratsalter erhöht. In den Städten wird Männern angeraten, nicht vor 28 Jahren zu heiraten, Frauen nicht vor 26 Jahren. Auf dem Lande sollen Männer bei der Eheschließung 24-25, Frauen 22-23 Jahre alt sein.

Mit der Heraufsetzung des gesetzlichen Mindestheiratsalters um zwei Jahre auf 22 für Männer und 20 für Frauen im neuen Ehegesetz von 1980 beabsichtigte die Regierung, ihrer Politik der Spätheirat auch gesetzlich Ausdruck zu verleihen. Wider Erwarten jedoch konsolidierte die Erhöhung des gesetzlichen Heiratsalters nicht die Spätheirat, sondern führte im Gegenteil zu einer Welle von Frühehen. Die paradoxe Tatsache, daß das neue Ehegesetz de facto ein Sinken des Heiratsalters zur Folge hatte, ist so zu erklären, daß auf der einen Seite offensichtlich aufgrund des neu festgesetzten gesetzlichen Mindestalters für Eheschließungen die Propaganda für die Spätheirat nachließ und sich auf der anderen Seite die heiratswilligen jungen Leute verstärkt auf das gesetzliche Heiratsalter beriefen. Die bereits Ende 1981 von Chen Muhua registrierte Verdoppelung der Eheschließungen im Jahre 1981 gegenüber dem Jahr 1980 (40) ist nur zum Teil dadurch begründet, daß die im ersten Babyboom Mitte der fünfziger Jahre geborenen Jahrgänge jetzt ins Heiratsalter treten; vielmehr sehen chinesische Fachleute einen klaren Zusammenhang zwischen dem neuen Ehegesetz und der Zunahme der Eheschließungen (41).

Unausweichlich wird sich die gestiegene Zahl der Neuvermählungen auf die absoluten Geburtenzahlen auswirken. Wie der Vorsitzende der Staatlichen Kommission für Familienplanung, Qian Xinzong, kürzlich auf einer Tagung über Familienplanungspropaganda feststellte, steht das Land vor einem neuen Babyboom (42). Nach dem Babyboom der fünfziger Jahre und dem der Kulturrevolution

wäre dies der dritte Babyboom seit 1949. Die beiden ersten Babybooms haben bewirkt, daß nahezu zwei Drittel der chinesischen Bevölkerung nach 1950 geboren sind (43). Diese überaus junge Altersstruktur macht ein Senken der Geburtenrate praktisch unmöglich, denn die geburtenstarken Jahrgänge der fünfziger und sechziger Jahre, insgesamt über 240 Millionen junge Paare, kommen bis zum Ende des Jahrhunderts ins heiratsfähige Alter. Allein aufgrund dieser Tatsache muß man bezweifeln, daß es gelingt, die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2000 nicht über 1,2 Milliarden steigen zu lassen.

Angesichts dieser jungen Altersstruktur vermag auch die Spätheirat wenig Einfluß auf die Zahl der Geburten auszuüben, sie verschiebt die Geburten lediglich um einige Jahre. Die einzig wirksame Methode zur Einschränkung des Bevölkerungswachstums bleibt eine strikte Durchführung der Ein-Kind-Politik. Durch sie aber würde die Spätheirat überflüssig werden.

7. Weitere die Familienplanung beeinträchtigende Faktoren

Der Erfolg der Familienplanungsarbeit hängt von zwei wesentlichen Faktoren ab: erstens davon, ob es gelingt, die Bevölkerung von der Notwendigkeit der Ein-Kind-Familie zu überzeugen, d.h. von der Propagandarbeit, zweitens davon, ob die technischen Voraussetzungen für die Geburtenplanung gegeben sind, d.h. einmal von der Aufklärung über Verhütungsmaßnahmen, zum anderen von der Bereitstellung der Verhütungsmittel.

Beide Probleme werden in der Diskursive der Zentrale vom März 1982 angesprochen, indem die Parteikomitees und Volksregierungen aller Ebenen zu verstärkter Propaganda- und Erziehungsarbeit unter der Bevölkerung aufgerufen und eine bessere Versorgung mit Verhütungsmitteln sowie bessere technische Anleitung gefordert werden (44). Zu beiden Problemen wurden Anfang November 1982 nationale Fachkonferenzen einberufen.

So fand vom 1. bis 6. November in Beijing eine von der Staatlichen Kommission für Familienplanung veranstaltete Tagung über Familienplanungspropaganda statt. Staatsratskommissar Bo Yibo moderierte auf der Konferenz die mandelnde diesbezügliche Propaganda insbesondere im Zusammenhang mit der Weitergabe der vom

12. Parteitag erlassenen Richtlinien. Die meisten Einheiten schenken nur der Produktion und dem Aufbau Aufmerksamkeit, doch müsse die Propaganda für Geburtenplanung mit der gleichen Intensität betrieben werden und zu den täglichen Aufgaben der Parteikomitees und Regierungen aller Ebenen gehören. Er betonte weiter, daß der Schwerpunkt der Arbeit auf die ländlichen Gebiete zu legen sei und daß es darauf ankomme, die dafür verantwortlichen Kader in jeder Hinsicht zu unterstützen, indem man z.B. gegen Diskriminierungen und Angriffe gegen das in der Familienplanung tätige Personal vorgehe. Bo Yibo forderte schließlich die Teilnehmer auf, gute Arbeit in dem ab Neujahr geplanten Propagandamonat für Geburtenregelung zu leisten (45). Inhaltlich soll sich die Propaganda vor allem mit drei Themen befassen: Bevölkerungstheorie, Kenntnisse über Geburtenregelung und Eugenik (46).

Wie oben angedeutet, bringt ein Erlahmen der Propaganda sofort unerwünschte Folgen mit sich. Nach Auffassung der Partei und Regierung kommt es daher hauptsächlich darauf an, die Propaganda in Schwung zu halten. Für die Masse der Kader hat dies einen Umdenkungsprozeß erforderlich gemacht: Fortan genügt es nicht, nur auf die Produktionsziffern zu schauen, sondern diese müssen im Zusammenhang mit den Geburtenzahlen betrachtet werden.

Von nicht minderer Bedeutung ist die technische Seite der Geburtenplanung. Mit Recht wird immer wieder gefordert, die technische Anleitung und die Versorgungslage mit Contraceptiva zu verbessern (47). Insbesondere auf dem Lande dürften die auf diesem Gebiet arbeitenden örtlichen Kader und medizinischen Hilfskräfte sowohl aufgrund ihrer eigenen Vorkenntnisse als auch aufgrund des allgemeinen Bildungsstandards der Bevölkerung der Situation kaum gewachsen sein. Noch ist man weit davon entfernt, auf der unteren Ebene ein speziell in Geburtenregelung ausgebildetes Kontingent an Fachkräften zur Verfügung zu haben. Insofern dürfte es vielerorts nicht sehr gut um die technische Unterweisung in der Anwendung empfängnisverhütender Mittel bestellt sein. Die auf einer Konferenz über Familienplanung in der Provinz Guizhou erhobene Klage, die Zahl der Mehrfachgeburten sei hoch und die Erfolgsquote der Empfängnisverhütung niedrig (48), wäre mit Sicherheit auch in bezug auf andere Gegenden angebracht.

Neben unzureichender Anleitung sind als weitere Gründe für den geringen Erfolg die häufig mangelhafte Qualität der Contraceptiva und das mancherorts schlechte Angebot zu nennen. Speziell zu diesem Themenkreis fand ebenfalls Anfang November 1982 in Chengdu eine nationale Konferenz statt, zu der u.a. Vertreter von pharmazeutischen Betrieben und von Vertriebsorganisationen geladen waren. Allein die Tatsache, daß eine Verbesserung der Qualität der empfängnisverhütenden Mittel und eine bessere Versorgung der Bevölkerung in Aussicht genommen wurde (49), spricht dafür, daß es in dieser Hinsicht noch große Probleme zu bewältigen gibt. Hierbei handelt es sich in erster Linie um ein Mengenproblem. Grob gerechnet, müßten Contraceptiva regelmäßig für etwa 200 Millionen Frauen zur Verfügung stehen, eine allein von der Produktion her gesehen gewaltige Menge, bei der Qualitäts- und Versorgungsmängel nur schwer auszuschließen sind. Tatsächlich aber sollen nur 100 Millionen Paare (!) Contraceptiva verwenden (50).

All diese Unzulänglichkeiten in bezug auf Mittel und Methoden der Empfängnisverhütung erklären auch, warum operative Eingriffe bei der Geburtenregelung einen relativ breiten Raum einnehmen. Neben Sterilisierungen sind besonders Abtreibungen weit verbreitet. Wenn auch hier eine qualitative Verbesserung der Operationen und mehr Garantie für die Sicherheit der Operierten gefordert werden (51), so ist daraus zu schließen, daß medizinische und gesundheitliche Aspekte nicht immer im Vordergrund stehen.

8. Familienplanung bei den nationalen Minderheiten

Ein Sonderkapitel stellt die Bevölkerungspolitik bei den nationalen Minderheiten dar. Bislang waren diese von den Bestimmungen zur Geburtenbeschränkung ausgenommen. Die dafür maßgeblichen Gründe waren einmal, daß der überwiegende Teil der Minderheiten in den dünnbesiedelten Grenzgebieten lebt und einige Nationalitäten sogar vom Aussterben bedroht sind, zum anderen wollten die Chinesen das teilweise gespannte Verhältnis zwischen nationalen Minderheiten und Han-Chinesen nicht zusätzlich durch eine restriktive Bevölkerungspolitik belasten. Neuerdings aber sollen die Regelungen zur Geburtenkontrolle auch für Angehörige der nationalen Minderheiten Geltung haben.

Im Sommer 1981 hatten Vertreter der Provinzregierung von Qinghai erstmalig eine solche Forderung erhoben (52). Daß diese allmählich amtlichen Charakter annehmen sollte, wurde in einem Leitartikel der Volkszeitung vom 14.3.1982 deutlich, in dem die Propagierung der Geburtenplanung auch bei den nationalen Minderheiten betont wurde. Seitdem findet sich die Forderung in zunehmendem Maße in den lokalen Medien der Minderheitengebiete (53), wobei man sich auf eine entsprechende Weisung der Zentrale beruft (54).

Allerdings scheint man bisher davon abzusehen, die Geburtenkontrolle bei den Minderheiten mit der gleichen Strenge wie bei den Han-Chinesen durchzusetzen zu wollen. In dem erwähnten Leitartikel vom 14.3.82 wurde ausdrücklich eine lockere Handhabung der Familienplanungspolitik in Minderheitengebieten zugestanden, sofern es die Umstände erlaubten. Auch zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Kommuniqués über die Volkszählung verlautete von offizieller Seite, daß man den in dünnbesiedelten Gebieten lebenden Minoritäten erlaube, sich zu vermehren, obwohl die Familienplanung bei den in dichtbesiedelten Gebieten lebenden Minoritäten ebenfalls durchzuführen sei. Doch werde die Geburtenkontrolle hier nicht so stark propagiert wie bei den Han-Chinesen (55).

Für die Änderung der Bevölkerungspolitik gegenüber den Minoritäten sind verschiedene Gründe anzuführen. Angesichts der Erkenntnis, daß auch in den dünnbesiedelten Gebieten der Neulandgewinnung in zunehmendem Maße Grenzen gesetzt sind (nicht zuletzt wegen der damit einhergehenden Umweltschäden wie Erosion u.ä.), sieht die chinesische Führung mittelfristig in einer rigorosen Familienplanungspolitik, die alle Teile der Bevölkerung Chinas umfaßt, den einzigen Weg, die chinesische Bevölkerung auch über das Jahr 2000 hinaus ausreichend ernähren zu können. Mit anderen Worten, da das bebaubare Land nicht im gleichen Maße ausgedehnt werden kann, wie die Bevölkerung zunimmt, muß sich die gesamte Bevölkerung, ganz gleich, ob es sich um Chinesen oder andere Nationalitäten handelt, den Bestimmungen zur Geburtenkontrolle unterwerfen.

Ein weiterer Grund liegt darin, daß sich die nationalen Minderheiten aufgrund der chinesischen Bevölkerungspolitik in dem Zeitraum zwischen der zweiten und dritten Volkszählung stärker vermehrt haben als die Han-Chine-

sen. Laut Kommuniqué vom 27.10.82 ist die Bevölkerungszahl der Minoritäten von 1964 bis 1982 um 68,4 Prozent, die der Han-Chinesen nur um 43,8 Prozent gewachsen. Damit hat sich der Anteil der nationalen Minderheiten an der Gesamtbevölkerung von 5,8 Prozent im Jahre 1964 auf nunmehr 6,7 Prozent erhöht (56). Selbst die Bevölkerung der kleinsten Volksstämme unter den insgesamt 55 Nationalitäten ist gestiegen. Während es 1964 nur zehn Volksstämme gab, deren Bevölkerungszahl über eine Million betrug, waren es 1982 bereits fünfzehn: Zhuang (13,38 Mio.), Hui (7,22 Mio.), Uighuren (5,96 Mio.), Yi (4,45 Mio.), Miao (5,03 Mio.), Mandschus (4,3 Mio.), Tibeter (3,87 Mio.), Mongolen (3,41 Mio.), Tujia (2,83 Mio.), Buyi (2,12 Mio.), Koreaner (1,76 Mio.), Dong (1,43 Mio.), Yao (1,4 Mio.), Bai (1,13 Mio.), Hani (1,06 Mio.) (57).

Angesichts des stärkeren Bevölkerungswachstums der nationalen Minderheiten scheint es nicht wenige Han-Chinesen zu geben, denen dieser Trend Unbehagen bereitet. Der Zeitpunkt, an dem der Anteil der Minoritäten die Zehnprozent-Marke erreichen wird, ist in absehbarer Nähe gerückt, zumal, wenn man den Minderheiten uneingeschränktes Wachstum zugesteht, während das Wachstum bei der Han-Bevölkerung ständig zurückgehen soll. Überdies kann die in bevölkerungspolitischer Hinsicht ungleiche Behandlung der Han-Chinesen und der anderen Nationalitäten zu Ressentiments auf Seiten der Han-Chinesen führen, in deren Augen mit zunehmender Schärfe der Geburtenplanungs-Bestimmungen die nicht-hanchinesischen Bevölkerungsgruppen als privilegiert erscheinen müssen.

Aus all diesen Gründen ist es verständlich, daß man von offizieller Seite auch bei den Minderheiten eine Politik der Geburtenkontrolle fordert. Freilich weiß die Regierung, daß sie behutsam vorgehen und jegliche Radikalität bei der Einführung von Familienplanungsmaßnahmen vermeiden muß. Denn auch bei den Minoritäten dürften diese Maßnahmen äußerst unpopulär sein und daher eine Beeinträchtigung des ohnehin nicht spannungsfreien Verhältnisses zwischen ihnen und den Han-Chinesen mit sich bringen. So beschränkt sich die Regierung zunächst darauf, die Familienplanung nur in bevölkerungsreichen Minderheitengebieten zu propagieren. Voraussichtlich wird sie die Minderheiten in den kommenden

Jahren langsam durch Erziehung und Propaganda vorbereiten, ohne jedoch scharfe wirtschaftliche Sanktionen anzuwenden. Auf längere Sicht aber wird sie das Ziel einer strikten Familienplanung bei den nationalen Minderheiten unbedingt zu erreichen versuchen.

Schlußbemerkung

Die Ergebnisse der Volkszählung von 1982 haben erneut deutlich gemacht, daß die Familienplanung für die chinesische Nation eine Lebensfrage ist. Aus wirtschaftlichen Erwägungen bleibt der chinesischen Regierung keine andere Wahl, als eine rigorose Geburtenkontrollpolitik zu betreiben. Doch läuft sie Gefahr, durch diese Politik bei der Bevölkerung in Mißkredit zu geraten. Nachdem in weiten Teilen der Bevölkerung das Vertrauen in die Partei aufgrund der Kulturrevolution verlorengegangen ist, wäre es verhängnisvoll, wenn sich die politische Führung Chinas jetzt erneut durch die Familienplanung der Bevölkerung entfremdete. Schon jetzt ist die Ein-Kind-Ehe zu einem gesellschaftspolitischen Problem ersten Ranges geworden, von dem jeder betroffen ist, und das wird sich auch in den nächsten beiden Jahrzehnten nicht ändern.

Gegenwärtig konzentrieren sich die Bemühungen der Regierung auf die Durchsetzung der Ein-Kind-Familie, die zum Kristallisationspunkt der gesamten Familienplanungspolitik und der mit ihr verbundenen Schwierigkeiten geworden ist. Das Dilemma besteht nicht nur darin, daß diese Politik gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden muß, sondern daß ihre Verwirklichung auch eine ganze Reihe neuer Probleme und Gefahren mit sich bringt, die noch gar nicht abzusehen sind und die bisher noch kaum wahrgenommen werden, geschweige denn, ins Bewußtsein der Verantwortlichen gedrungen sind.

Zu nennen wäre an erster Stelle das wirtschaftliche Problem der Altersversorgung auf dem Lande; insbesondere in unterentwickelten Gebieten dürften die lokalen Einheiten noch lange nicht in der Lage sein, diese Frage zu lösen. Sodann muß man an die sozialen Folgen der Ein-Kind-Familie denken, die das Erscheinungsbild der chinesischen Familie grundlegend verändern wird, und zwar in Richtung auf die Kleinfamilie hin. Bisher gibt es in China, von Ausnahmen abgesehen, noch kein Altenproblem, da die alten Leute in der Regel - zumindest auf dem Lande - bei ihren Kindern leben

und von diesen mitversorgt werden, so daß sie voll in die Gesellschaft integriert. Zum sozialen Bereich wäre auch das Problem der Erziehung von Einzelkindern zu zählen, über das schon jetzt in Fachkreisen diskutiert wird. Es ist zu vermuten, daß der sprichwörtliche Gemeinschaftssinn der Chinesen in einer zunehmend durch Einzelkinder geprägten Gesellschaft allmählich verlorengeht, denn die Gefahr, daß die Einzelkinder verwöhnt und damit ichbezogener werden, ist nicht von der Hand zu weisen.

Die Geburtenplanungspolitik birgt außerdem Gefahren für die Gesundheit insbesondere der Frau. Zu erwähnen sind hier mögliche Spätfolgen aufgrund der ständigen Einnahme empfängnisverhütender Präparate sowie psychische und andere gesundheitliche Schäden, die durch wiederholte oder zu spät erfolgende Abtreibungen verursacht werden können.

Schließlich sei auf die moralischen Folgen hingewiesen. In einer Gesellschaft, in der sich der Charakter der Familie und damit die traditionelle Einbindung des einzelnen in die Familie verändern, werden auch die moralischen Werte in Mitleidenschaft gezogen. Gemeint ist hier weniger die Auflösung der traditionellen Familienethik, die schon vor Jahrzehnten begonnen hat, als vielmehr eine veränderte Haltung gegenüber der Institution Ehe. Die wiederholten Appelle an die sozialistische Moral hinsichtlich Ehe, die Verurteilung von Unbeständigkeit in der Liebe und die Klagen über verantwortungslose Ehescheidungen lassen einen Zusammenhang mit der Familienplanungspolitik nicht ausgeschlossen erscheinen.

Mit diesen hier nur angedeuteten Problemen werden sich die Verantwortlichen in Zukunft verstärkt auseinandersetzen müssen.

Anmerkungen:

- 1) XNA, 27.10.82.
- 2) Vgl. hierzu John S.Aird, "The Preparations for China's 1982 Census", CQ 91, Sept. 1982, S.369-385.
- 3) John S.Aird, a.a.O., S.369.
- 4) Vgl. "Weisung des ZK und des Staatsrates betreffs der guten Durchführung der Arbeit der 3. nationalen Volkszählung" vom 28.2.1982, in: Zhonghua renmin gongheguo guowuyuan gongbao, 1982/Nr.5 (20.4.82), S.155-156.
- 5) RMRB, 28.10.82; Übers. XNA, 27.10.82 und BRu 1982, Nr.45, abgedruckt in C.a. 82/10. Siehe C.a. 82/10, S.602.
- 6) XNA, 27.10.82.
- 7) John S.Aird, a.a.O., S.380-383.
- 8) Xu Xuehan in RMRB, 5.2.82.

- 9) RMRB, 8.9.82.
- 10) Siehe Analyse über die Bevölkerungssituation in RMRB, 16.11.82.
- 11) Siehe Kommuniqué RMRB, 28.10.82 und XNA, 27.10.82.
- 12) BRu, Nr.2, 12.1.82.
- 13) Siehe C.a. 1979/11, Ü 37.
- 14) Leitartikel RMRB, 23.8.82.
- 15) Siehe C.a. 1979/1, Ü 27.
- 16) Chen Muhua in RMRB, 11.8.79.
- 17) Siehe Kommuniqué RMRB, 28.10.82 und XNA, 27.10.82.
- 18) RMRB, 5.2.82 und 14.3.82.
- 19) Zum Einzelwirtschafts- und Haushaltsquotensystem siehe Oskar Wegel in C.a. 1981/7, S.429-439.
- 20) Siehe C.a. 1979/1, Ü 27; 1979/3, Ü 20; 1979/5, Ü 30.
- 21) Siehe RMRB, 5.2.82.
- 22) RMRB, 14.3.82.
- 23) RMRB, 19.8.82.
- 24) Siehe den Leitartikel in RMRB, 23.8.82.
- 25) XNA, 11.3.82.
- 26) Radio Changsha, 5.2.82, nach SWB, 10.2.82; s.a. Radio Zhengzhou, 19.2.82, nach SWB, 27.2.82.
- 27) Radio Xi'an, 25.2.82, nach SWB, 3.3.82. Siehe auch C.a. 79/5, Ü 30, und BRu 1982, Nr.2, S.24.
- 28) Cheng Du, "Nongcun renkou zai-shengchan" (Die Reproduktion der ländlichen Bevölkerung), in: Jingji Yanjiu 82/6, S.56-57.
- 29) Erlassen z.B. in Qinghai, siehe Radio Xining, 4.6.82, nach SWB, 10.6.82.
- 30) Vgl. hierzu R.Machetzki, "Familienplanung in China: Erfolge 'besonderer Art'", C.a. 1981/8, S.517-519.
- 31) Siehe Zhengming, 1981/9, Nr.47, S.44-45.
- 32) IHT, 14.12.82.
- 33) Xu Xuehan in RMRB, 5.2.82.
- 34) Z.B. Shaanxi (Radio Xi'an, 25.2.82, nach SWB, 3.3.82) und Guangdong (Radio Guangzhou, 26.3.82, nach SWB, 6.4.82).
- 35) RMRB, 14.3.82.
- 36) China Daily, 6.11.82, nach SWB, 11.11.82.
- 37) RMRB, 31.12.81.
- 38) Leitartikel in RMRB, 23.8.82.
- 39) Cheng Du, op.cit., Jingji Yanjiu 1982/6, S.55.
- 40) RMRB, 31.12.81.
- 41) Xu Xuehan in RMRB, 5.2.82; Leitartikel in RMRB, 14.3.82.
- 42) XNA, 2.11.82.
- 43) RMRB, 23.8.82.
- 44) RMRB, 14.3.82.
- 45) RMRB, 7.11.82.
- 46) Leitartikel RMRB, 23.8.82.
- 47) So in der Direktive der Zentrale, RMRB, 14.3.82; siehe auch den Artikel von Xu Xuehan in RMRB, 5.2.82.
- 48) Radio Guiyang, 1.11.82, nach SWB, 5.11.82.
- 49) Radio Chengdu, 1.11.82, nach SWB, 5.11.82.
- 50) XNA, 27.10.82.
- 51) Leitartikel RMRB, 23.8.82.
- 52) Radio Qinghai, 1.7.81, nach SWB, 15.7.81.
- 53) Z.B. Radio Chengdu, 22.5.82, nach SWB, 26.5.82; Radio Lhasa, 23.5.82, nach SWB, 3.6.82; Radio Xining, 4.6.82, nach SWB, 10.6.82.
- 54) Ob es sich hierbei um die Weisung zur Familienplanung vom März 1982 (siehe RMRB, 14.3.82) handelt, deren voller Wortlaut mir nicht vorliegt, oder ob im April/Mai noch eine speziell die Minoritäten betreffende Weisung erlassen worden ist, ist unklar. Im Zhonghua renmin gongheguo guowuyuan gongbao ist keine solche Weisung enthalten.
- 55) XNA, 27.10.82.
- 56) RMRB, 16.11.82.
- 57) RMRB, 29.10.82.